

# Inflation

und andere Fehlleistungen der Ökonomie und Politik

## Offener Brief

an

den Präsidenten der Deutschen Bundesbank

Herrn Dr. Joachim Nagel

und

die Herren Professoren

Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld,

Dr. Oliver Landmann

und

Dr. Stefan Kooths

von

Tristan Abromeit

September 2022

[www.tristan-Abromeit.de](http://www.tristan-Abromeit.de)

Text 176.0

## Anhang

### 176.6

176.6

Ergebnisse der Tagung am 8. und 9. Okt. 2022 über  
„Versäumnisse und Aufgaben der Geldpolitik in turbulenten Zeiten“

Persönliche Eindrücke und

### **Hinweise auf Arbeiten von Dr. Christoph Freydorf**

T.A.: Anmerkungen zur Wahlschlappe der FDP in Niedersachsen  
am 9.10. 2022 mit selbst produzierten Flugblatt für die FDP zu Wahlen im  
Jahr 1976

E I N L A D U N G  
Initiative für Natürliche  
Wirtschaftsordnung (INWO)  
&  
Stiftung für Reform der  
Geld- und Bodenordnung  
FAIRCONOMY- HERBSTTAGUNG

V O R T R Ä G E U N D D I S K U S S I O N E N  
am Samstag /Sonntag 8. und 9. Oktober 2022  
Silvio-Gesell-Tagungsstätte | Wuppertal  
Kontakte

# Versäumnisse und Aufgaben der Geldpolitik in turbulenten Zeiten

Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO)  
Beate Bocking, Greven  
E-Mail: [bocking@sozialoekonomie.info](mailto:bocking@sozialoekonomie.info)  
Tagungsstätte: Silvio Gesell Tagungsstätt

## Einführung

Die Welt taumelt von einer Krise in die nächste. Auf die Finanz- und Eurokrisen folgte die von Kriegen im Nahen und Mittleren Osten ausgelöste sog. Flüchtlingskrise. Dann hielt eine Pandemie die Welt in Atem und nun tobt mit unabsehbaren Folgen ein Krieg in der Ukraine. Jedes Mal werden die Erschütterungen des Weltgefüges mit hohen Milliardenkrediten aufgefangen. Hinzu kommt der Anstieg der Inflation auf Jahrzehnte lang nicht mehr erlebte 8 %. Und über allem schwebt wie ein Damoklesschwert die Ressourcen- und Klimakrise.

Zu diesem Durcheinander trägt das ungerechte Geldsystem

maßgeblich bei und seine Reform wäre dringend notwendig, um die Welt wieder zur Ruhe kommen zu lassen. Die von einigen großen Zentralbanken während der letzten Jahre praktizierte Negativzinspolitik hätte Chancen für eine grundlegende Reform des Geldsystems eröffnen können. Jedoch wurde es versäumt, das Bargeld mit einer Liquiditätsgebühr zu belegen und damit die störungsfreie Zirkulation einer sinnvoll dosierten Geldmenge zu verstetigen. Stattdessen wurde die von vielerlei Störfaktoren beeinflusste Geldmenge auch noch durch das Quantitative Easing unnötig aufgebläht.

Unter dem Eindruck der hohen Inflation griff die US-Notenbank Fed zu einer rückwärtsgewandten Dinosaurier-Strategie und hob die Zinsen in diesem Jahr bereits zum vierten Mal wieder an. Das erschwert jedoch die Finanzierungsbedingungen für viele Unternehmen, Staaten und Private, was die ohnehin schwächelnde Konjunktur zusätzlich bremst. Trotzdem greift nun auch die Europäische Zentralbank in die Klamottenkiste überholter ökonomischer Doktrinen und weiß offenbar keine bessere Antwort auf die Inflation als eine Zinserhöhung. Weitere „Leitzinsnormalisierungen“ will sie folgen lassen. Gerade erst begannen die Negativzinsen, sich in der Breite auf die überbordende Liquidität bei den Banken auszuwirken – da verabschiedet sich die EZB von der Negativzinspolitik. Ein Fehler, den sie baldmöglichst korrigieren sollte. Ihr Versuch, mit Zinsanhebungen ihr eigentliches Inflationsziel von zwei Prozent auf mittlere Sicht wieder erreichen zu wollen, ist der falsche Weg.

Bei dieser Tagung sollen sowohl die Versäumnisse der Zentralbanken als auch Ansätze einer die Wirtschaft verlässlich stabilisierenden Geldangebot zur Sprache kommen.

Samstag, 8. Oktober 2022

09.15 Uhr

Begrüßung und Einführung in die Tagung Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude

09.30 Uhr

Kryptowährungen als Zahlungsmittel  
und Anlageobjekt Dr. Max Danzmann, Berlin

10.45 Uhr

Kaffeepause

11.00 Uhr

Geldangebot, Geldnachfrage und der

Zins in Silvio Gesells Geldtheorie

Dipl.-Volkswirt Matthias Klimpel, Frankfurt/M.,  
stellvertretender Vorsitzender der INWO e.V.

12.30 Uhr

Mittagspause

14.30 Uhr

Inflation und Geldpolitik im Euroraum –  
eine kritische Analyse

Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen

16.00 Uhr

Kaffeepause

16.30 Uhr

Die Ursache der Inflation – und warum  
Zinserhöhungen kontraproduktiv sind

Prof. Dr. Felix Fuders, Coordinator Right Livelihood Campus  
Austral, Universidad de Valdivia/ Chile (Zuschaltung per Zoom)

18.00 Uhr

Abendpause

20.00 Uhr

Zeit für informelle Gespräche

Sonntag, 9. Oktober

9.15Uhr Klassifizierung von Geldsystemen –

Methodologische Überlegungen und

pluralökonomisches Modellierungspotenzial bezüglich

der Geldfunktionen und der Geldsteuerung

Dr. Christoph Freydorf, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der  
Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung im Forschungs-  
projekt Finanzwende für Resilienz und Nachhaltigkeit

10.15 Uhr Kaffeepause

10.45 Uhr Diskussion zum Vortrag und  
zusammenfassendes Rundgespräch

12.30 Uhr Ende der Tagung Änderungen vorbehalten!

00000

## **Anmerkungen von T.A.**

Das Tagungsthema ist ja hochaktuell. Es grummelt schon an vielen Orten Plätzen in unserer Gesellschaft und hat bereits Auswirkungen auf Wahlsentscheidungen. Der Tagungsort war bzw. ist angenehm, weit entfernt vom Stadt- und Straßenlärm. Das Tagungsklima war gut. Die Tagung aber nicht voll ausgebucht. Der Hauptgrund war eine Blockade im Zugverkehr, so, dass Angemeldete nicht kommen konnten. Bei der vorhandenen Problemlage hätten alle Plätze belegt sein müssen. Aber es gibt auch eine Scheu vor dem Doppel-Thema Geld und Währung. Wenn seine Bedeutung verstanden würde, wäre es schon lange ein Thema für NGOs und Bürgerinitiativen. Inhaltlich haben die Referenten gute Beiträge geliefert. Dr. Max Danzmann aus Berlin konnte seinen Beitrag „Krypto-Währungen als Zahlungsmittel und Anlageobjekt“ aufgrund einer Corona-Infektion nur per Übertragung durch eine Zoom-Übertragung halten und Prof. Dr. Felix Fuders ebenfalls, aber in diesem Fall nur aufgrund der Entfernung zwischen Chile und Deutschland. Dipl.-Volkswirt Matthias Klimpel vom Verein Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung hat zum Thema aus freiwirtschaftlicher Sicht seinen Beitrag geleistet.

Dr. Christoph Freydorf bemühte sich in frischer Weise den Inhalt seiner Dissertation in die Köpfe der Zuhörer zu transportieren. Dass er damit die Zuhörer überforderte, hat er gleich eingesehen und versprochen, schriftliche Ausarbeitungen nachzuliefern. Was er auch prompt gemacht hat. Siehe sein E-Mail mit den Links weiter unten. Ich finde seine Arbeit sehr wichtig, weil sie eine Übersicht über die verschiedenen Vorstellungen und Erwartungen von dem liefert, was als Geld diskutiert wird. Auf diese Arbeit aufbauend muss im nächsten Schritt herausgearbeitet werden, welche Zahlungsmittel die Doppelfunktion des Geldes als Zahlungsmittel und als Währungseinheit erfüllen können. Synthetisches Geld<sup>1</sup> in gedruckter, geprägter oder digitaler Form mit dem Anspruch auf Preisniveaustabilität kann es nur geben, wenn es quantitativ begrenzt werden kann. Zusätzlich muss das Gleichgewicht zwischen der Geldmenge im Kreislauf und der Stromgröße an Gütern im Markt gehalten werden können.

Für mich soll es die letzte Teilnahme an eine Tagung sein. Meine Ohren sind trotz Hörhilfe nicht mehr leistungsfähig genug, um die Vorträge und Gespräche in dem erforderlichen Umfang zu verstehen. Ich verfolge seit 1961 diese Spur, des freiwirtschaftlichen Angebots, das zur Lösung großer ökonomischer Probleme führen kann. Ich denke, Gesell hat recht, was die Freiwirtschaft lehrt, ist keine Erfindung, sondern eine Findung von Problemlösungen, die in

---

1 Man kann auch im Vergleich mit Natural-Geld auch vom abstrakten Geld sprechen.

der Natur der Ökonomie liegen. Im Moment sieht es – aus meinen Augen gesehen – so aus, als könnten die Ignoranten, Ehrabschneider, die feigen Karrieristen unter den Ökonomen und Politiker – die immer eine Nase dafür haben, was ihnen förderlich ist und was nicht – und die politischen motivierten Verbreiter von Desinformationen bald jubeln<sup>2</sup>, wenn die Stimme der Freiwirtschaft nicht mehr gehört werden kann, weil die letzten Kämpferinnen und Kämpfer für diesen Reformansatz dann gestorben sein werden. Aber Preis, den die zahlen müssen, die den Politikern glaubten, dass diese ihnen Frieden, Freiheit und Wohlstand bringen würden, wird hoch sein. Ich denke, dass das Leid, dass die Schein-Demokraten den hoffenden Menschen in der Weimarer Republik brachten, sich zu wiederholen droht. Ich wünsche mir, dass sich meine Wünsche nicht in Erfüllung gehen.

00000

## Die Nachricht von Dr. Christoph Freydorf vom 10. 10. 2022

Liebe Herbsttagungs-Teilnehmende

Wie von einigen von euch angefragt:

- anbei die Folien des Vortrags sowie
- die Übersichtsseite zu meiner Dissertation (2021):  
<http://geld-und-nachhaltigkeit.de/publikationen/klassifizierung-von-geldsystemen-methodologische-ueberlegungen-zu-einer-transparadigmatischen-facettenklassifikation-sowie-ihrem-pluraloekonomischen-modellierungspotenzial-bezueglich-geldfun/>

Auf der Webseite kann der Volltext heruntergeladen werden (zu groß für Email-Anhang), zudem ist dort eine thematische Orientierung aufgeführt, welche Stellen sich für euch ev. lohnen könnten...

- Schließlich noch der Link zu der von Werner erwähnten damaligen Diplomarbeit (2009), die sich den natürlichen Ressourcen widmet:  
[http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/freydorf/Freydorf\\_GfueNnR.pdf](http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/freydorf/Freydorf_GfueNnR.pdf)

Rückmeldungen, Rezensionen oder Weiterempfehlung sind natürlich willkommen.

Schöne Grüße,  
Christoph

00000

## Zur Niederlage der FDP bei der Wahl des Niedersächsischen Landtages






---

2 Diese Aufzählung von Menschen mit negativen Eigenschaften klingt negativ und aggressiv. Bei Licht besehen, sind sie aber brave Parteiarbeiter, die für sich oder ihre Sache kämpfen. Es kann immer zu Fehlschlüssen führen, wenn politische Probleme personalisiert werden.

Auf dem Bahnhof in Wuppertal fragte nach der Tagung Werner Onken – der Organisator der Tagung – mich, ob in meinem brieflichen Kontakt mit Ralf Dahrendorf auch freiwirtschaftliche Inhalte eine Rolle gespielt hätten. Ich habe geantwortet, dass das nach meiner Erinnerung das nur im Zusammenhang mit Stellungnahmen zur FDP-Politik gewesen wäre.

Zu Hause habe ich dann in dem betreffenden Ordner nachgeschaut und fand ein Anschreiben an die Parteifreunde Ralf Dahrendorf, Karl Hermann Flach und Werner Maihofer. Die eigentliche „Botschaft“ war mein *Offener Brief* vom Ende September 1971 an den Vorsitzenden der Programmkommission, Herrn Prof. Dr. Maihofer in Bielefeld zum Thema Parteiprogramm. Bei näherer Betrachtung meiner Stellungnahme stellte ich fest, dass es das Schreiben ist, das ich als eine der ersten Texte auf meiner Internetseite eingestellt habe und die Text-Ziffer 1.4. erhalten hat. Unter der Gliederungsziffer „**8. Konjunktursteuerung, nationale und internationale Währungsordnung**“ gehe auf ökonomische Probleme ein, die die Politik heute auch noch beschäftigt.

Ich kopiere jetzt die ersten vier Einträge aus dem Inhaltsverzeichnis meiner Internetseite ein. Die ersten drei Beiträge sind auf dem Hintergrund meiner FDP-Mitgliedschaft entstanden und den vierten Beitrag habe ich als Gründungsmitglied der GRÜNEN verfasst.

- 1.1  [Arbeitslosigkeit](#) (61 Seiten, 334 KB)  
Ursachen - Wirkungen - Lösungen  
und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung  
*Ein ordnungspolitischer Beitrag - Ende 1977*
  - 1.2  [PLÄDOYER](#) (11 Seiten, 162 KB)  
für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der  
WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD  
im allgemeinen und in der FDP im besonderen - *Februar 1978*
  - 1.3  [Franz Josef Degenhardt](#) (Zeitungsartikel, 568 KB)  
"Zu Gast in Hannover: Der Fundamentalist"  
HAZ vom 1. 2. 1991 / Ergänzung bzw. Bezug zu Text 1.2
  - 1.4  [Offener Brief zum Parteiprogramm der FDP](#), September 1971 (14 Seiten, 120 KB)
- 
- 2.0  [Der Dritte Weg](#) (75 Seiten, 406 KB)  
Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)  
- Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung

- Erstellt zum Programmkongress der GRÜNEN im *März 1980* in Saarbrücken

2.1  **Umschlag: Titel und Rückseite** (2 Seiten / Bilddatei 92 KB)

Wenn jetzt die FDP aus dem Niedersächsischen Landtag herausgeflogen ist, dann hat sie es verdient, schon deshalb, weil sie die antidemokratische Fünf-Prozent-Klausel beim Stimmanteil, den eine Partei für den Einzug ins Parlament erworben haben muss, akzeptiert und Jahrzehnte lang verteidigt hat. Die Klausel verteidigt nicht die Demokratie, sondern sorgt dafür, dass das Kartell der erfolgreichen Parteien nicht verwässert wird. Aber eine Erläuterung dieser Aussage führt zu dem umfangreichen Thema der Parteienherrschaft, die eine Vertiefung der Demokratie verhindert.

Das, was die FDP als freiheitlich versteht und ökonomisch vertritt ist nur ein Abglanz von dem was unter Liberalität verstanden werden kann und muss, wenn sie eine gesellschaftspolitisch prägende Idee bleiben soll bzw. wieder werden soll. Es fehlen nicht nur in der FDP, sondern im ganzen Parteienspektrum der politische Geist der Liberalität, wie er von Karl-Hermann Flach repräsentiert wurde. Siehe:

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/80.2%20K-H.Flach%20Flugblatt.pdf>

und

**Karl-Hermann Flach / Gedenkschrift, 1973** / Zu dem Verrat der Demokratie und der Liberalität durch die amtierenden Demokraten und über das Elend der theoretischen und praktischen Ökonomie als Ursache des Mordens, des Hungers und der Fluchtbewegungen in der Welt Beiträge in Form eines Blogs von T.A. April 2017 / Text 147.0.1 und 147.0.2 / > Anhang 4 von 6 <  
<http://www.tristanabromeit.de/pdf/147.4.Verrat.und.Elend.Anhang.4von6.Karl-Hermann%20Flach.Gedenkschrift.pdf>

Wenn ich aber an die Mitglieder der F.D.P. – so weit wie ich sie kennengelernt habe – denke, sind meine Erinnerungen durchweg positiv geladen. Das Arbeitsklima in den Zusammenkünften der Parteigliederungen war freundschaftlicher als bei den GRÜNEN ab dem Zeitpunkt, als zuwandernde Mitglieder, glaubten aus den GRÜNEN eine marxistische Speerspitze machen zu können. Da Parteizusammenkünfte keine Seminare oder Vorlesungen sind, war die Vermittlung freiwirtschaftlicher Inhalte in beiden Gruppen schwierig. Bei den GRÜNEN (noch im Zustand der grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen) ist die ganze Kraft auch in den Aufbau der Partei geflossen, so, dass die Gruppe *Dritter Weg NWO* (auch als Liberalsoziale benannt) gar keine Möglichkeit zur Aufklärungsarbeit hatten.



Aber insgesamt muss ich sagen, dass die Mitglieder aller politischer Parteien nicht unser politisches Problem sind. Sie leisten in großer Mehrheit – egal welcher Partei sie angehören – gesellschaftlich gesehen, eine notwendige Arbeit, die meistens mit Opfer an Freizeit, an Lebenskraft und auch an Verlust an Geld gekoppelt ist. Ich sehe im Hinblick darauf, dass die Zustimmung zur Regierungsform der Demokratie schrumpft, nicht so sehr das Problem bei den Mitgliedern aller Parteien, sondern in der Politikvertretung in der Form der politischen Parteien. Die FDP-Mitglieder in Niedersachsen haben jetzt ja 5 Jahre Zeit um über diese Fragen nachzudenken. Das wird vermutlich aber nicht geschehen, sondern bei der nächsten Landtagswahl in fünf Jahren werden sie ihre Sprüche, die jetzt keinen Erfolg gebracht haben, wieder aufwärmen und sich wundern, dass diese wieder bei den Wählern keinen Zuspruch gewonnen haben. TA

00000

Stefan Birkner (FDP)

Eine weitere Personalie betrifft den in Otternhagen lebenden Vorsitzenden der Niedersachsen-FDP, Stefan Birkner. Nach dem desaströsen Abschneiden seiner Partei und dem Ausscheiden aus dem niedersächsischen Landtag [hat er am Dienstagmorgen über Twitter seinen Rücktritt verkündet.](#)

„Ich habe den Gremien gestern Abend mitgeteilt, dass ich mich als Landesvorsitzender zurückziehen werde. Damit sich ein neues Team finden kann, bin ich gebeten worden, noch bis zum Landesparteitag im März im Amt zu bleiben“, schreibt Birkner dort. In Neustadt kam die FDP zwar knapp über die 5 Prozent, bei den Erststimmen konnte ihr Direktkandidat Jelger Tosch allerdings kaum punkten.

Aus der Regionalbeilage Neustadt der HAZ vom 12. 10. 2022

N.S. Otternhagen ist ein Ortsteil der Stadt Neustadt a. Rbge.

Anhängend

1. der folgend benannte Beitrag aus der HAZ vom 12. 10 2022:

FDP verlässt den Landtag – unter Tränen

Nach dem Ausscheiden aus dem Parlament: Stefan Birkner tritt als Chef der Landespartei zurück und wirbt für einen personellen Neuanfang / Nachfolger ist aber noch nicht in Sicht.

2. TA: Ein selbst produziertes Flugblatt zu Wahlen im Jahr 1976

# FDP verlässt den Landtag – unter Tränen

Nach dem Ausscheiden aus dem Parlament: Stefan Birkner tritt als Chef der Landespartei zurück und wirbt für einen personellen Neuanfang / Nachfolger ist aber noch nicht in Sicht

Von Marco Seng

**Hannover.** Zum Abschied aus dem Landtag flossen viele Tränen. Die FDP-Fraktion versammelte sich am Dienstag noch einmal in den Fraktionsräumen im Nebengebäude des Leineschlosses. Erste Kisten wurden bereits gepackt. Die Abgeordneten gehen bald ihrer Wege, die Mitarbeiter müssen sich neue Jobs suchen. Er könne es nicht fassen, dass die Arbeit der letzten fünf Jahre umsonst gewesen sei, seufzte ein Liberaler. „Das ist nicht fair.“

## Birkner blickt nach vorn

FDP-Landeschef Stefan Birkner hatte nach dem Ausscheiden seiner Partei aus dem Parlament bereits am Montagabend im Landesvorstand seinen Rücktritt in Aussicht gestellt.



Wenn es diejenigen machen, die das seit elf Jahren machen, ist die Gefahr groß, dass es vielleicht nicht so neu ist und nicht so innovativ.

**Stefan Birkner,**  
scheidender FDP-Landeschef

Am Dienstag richtete er bereits den Blick nach vorn und warb für einen personellen Neuanfang in der Partei. „Das müssen auch neue Köpfe gestalten. Wenn es diejenigen machen, die das seit elf Jahren machen, ist die Gefahr groß, dass es vielleicht nicht so neu ist und nicht so innovativ“, sagte Birkner, der seit 2011 Landesvorsitzender ist.

Mit Birkner zusammen wird beim Landesparteitag im März wohl auch der gesamte Landesvorstand zurücktreten. Dass sein Nachfolger aus den Reihen des bisherigen Vorstands kommen könnte, schloss der scheidende Parteichef jedoch nicht



Abgang: Stefan Birkner, Landesvorsitzender der FDP, verlässt die Fraktionssitzung im niedersächsischen Landtag.

FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

derlage“, sagte Birkner. Der Wahlkampf sei von der Debatte um Strom- und Gaspreise überlagert worden. Der Streit in der Ampelkoalition in Berlin sei auch nicht hilfreich gewesen. „Problematisch ist, wenn es zu lange dauert und der Eindruck entsteht, man ist nicht

handlungsfähig“, sagte Birkner. Die Schuld allein der Bundes-FDP in die Schuhe schieben will er aber nicht.

## „Fraktion wird abgewickelt“

„Die Fraktion wird jetzt hier abgewickelt“, sagte Birkner. Für die Mitarbeiter müssten Perspektiven ge-

funden werden. Betroffen sind rund 40 Mitarbeiter, die Wahlkreisbüros der Abgeordneten vor Ort einbegriffen.

Birkner gab sich aber optimistisch, dass eine neue Führung die FDP in fünf Jahren wieder in den Landtag führen könne: „Das ist

nicht der Untergang des organisierten niedersächsischen Liberalismus.“ Die FDP hatte 1998 schon einmal die 5-Prozent-Hürde verpasst, war aber 2003 in den Landtag zurückgekehrt.

Eine Mitarbeiterin sagte nach dem Ende der Sitzung gefasst, sie

## Weiblicher, jünger, diverser? So setzt sich der neue Landtag zusammen

# 40

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FDP-Landtagsfraktion müssen sich einen neuen Job suchen.

aus. Der geschäftsführende Landesvorstand hat acht Mitglieder, darunter Generalsekretär Konstantin Kuhle, der als möglicher Nachfolger gilt. Der erweiterte Landesvorstand umfasst 26 weitere Mitglieder.

## „Keiner will jetzt den Pokal“

„Es hat sich noch niemand positioniert, dass er die Nachfolge antreten möchte“, sagte Birkner. Das werde sich finden. „Keiner will jetzt den Pokal“, sagte ein Abgeordneter. Alle duckten sich erst mal weg.

Das Ausscheiden der FDP aus dem Landtag sei eine „herbe Nie-

**Die Menschen** in Niedersachsen haben einen neuen Landtag gewählt. 146 Abgeordnete werden im November zur konstituierenden Sitzung im Plenarsaal Platz nehmen – das sind neun Politiker mehr als in der vergangenen Legislaturperiode. Doch wie setzt sich der Landtag nun zusammen? Wird er weiblicher, jünger und diverser?

**Unter den Abgeordneten** werden nur wenige Frauen mehr sein als im vergangenen Landtag – ihr Anteil liegt bei 34 Prozent. Zuvor waren es 27,5 Prozent. Damit nahm Niedersachsen den viertletzten Platz der 16 deutschen Bundesländer ein. Unter den 146 Abgeordneten im neuen Landtag

sind 50 Frauen. Die SPD entsendet 18, die CDU 15, Bündnis 90/Die Grünen 14 und die AfD drei Frauen.

**Kritik am geringen Frauenanteil** gibt es vom Landesfrauenrat (LFRN). „Das ist kein Schub für die Geschlechterdemokratie. Wir fordern das Parlament auf, seine demokratische Verantwortung für die Gleichstellung der Geschlechter wahrzunehmen und die paritätische Mitbestimmung von Frauen in der Politik endlich sicherzustellen“, sagt die LFRN-Vorsitzende Marion Övermöhle-Mühlbach. Mit Ausnahme der AfD haben alle Parteien ihre Listen paritätisch besetzt – das heißt, dass auf den Landeslisten in der Regel ab-

wechselnd Frauen und Männer zu finden waren.

**Im neuen Landtag** werden auch viele neue Gesichter zu sehen sein. Langjährige Abgeordnete wie Bernd Busemann (CDU) oder Gabriele Andretta (SPD) haben sich aus dem Landtag verabschiedet. In der konstituierenden Sitzung muss ein neuer Landtagspräsident oder eine -präsidentin gefunden werden.

**Schon jetzt ist klar,** dass einige junge Politikerinnen und Politiker den Einzug in den Landtag geschafft haben. So werden der 23-jährige Pascal Leddin (Grüne) aus Uelzen oder die 24-jährige Antonia Hillberg (SPD), Gewinnerin im

Wahlkreis Hildesheim, im Plenarsaal Platz nehmen. Der 1999 geborene Leddin wird laut Landeswahlleitung voraussichtlich der jüngste Abgeordnete im Landtag sein.

**In Niedersachsen** leben immer mehr Menschen mit Migrationsgeschichte. Wird deshalb auch der Landtag diverser? Konkrete Zahlen dazu gibt es bislang noch nicht. Doch mit der Grünen-Abgeordneten Djenabou Diallo-Hartmann aus Havelse ist nun erstmals eine schwarze Politikerin im Landtag vertreten. Sie wurde im westafrikanischen Guinea geboren, kam vor 17 Jahren nach Deutschland und für ihr Studium nach Hannover. ewo

Das ist nicht der Untergang des organisierten niedersächsischen Liberalismus.

**Stefan Birkner,**  
scheidender FDP-Landeschef

werde jetzt erst einmal vier Wochen nach Nepal fahren und Berge besteigen. „Dann sehen wir weiter.“ Es werde sich schon etwas finden. Jurist Birkner ließ seine Zukunftspläne ebenfalls offen. Er sei ja zuvor Staatssekretär gewesen und werde deshalb im November bei der künftigen Landesregierung nach einem Job fragen, scherzte der FDP-Politiker.

## CDU rangelt um die Posten

Lechner wird Fraktionschef

**Hannover.** Wenn es nicht läuft, dann läuft es einfach nicht. Bei der ersten Fraktionssitzung der CDU nach der Wahlniederlage am Sonntag funktionierte zunächst die Mikrofonanlage nicht. Als das Problem behoben war, gab der scheidende CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer die Marschroute für die kommende Legislaturperiode aus: „Wir haben gemeinsam gekämpft, wir haben gemeinsam nicht gewonnen, und wir werden jetzt gemeinsam Rot-Grün treiben“, rief Toepffer mit Blick auf die künftige Landesregierung.

## Satte Mehrheit für Lechner

Oppositionsführer wird allerdings ein anderer Hannoveraner: der bisherige Generalsekretär Sebastian Lechner aus Neustadt am Rübenberge. Lechner erhielt 41 der 47 Stimmen, wie die Fraktion mitteilte. Der 41 Jahre alte Lechner ist seit 2021 Generalsekretär seiner Partei.

Mit der Wahl weiterer Vorstandsmitglieder will die Fraktion bis zum 1. November warten, weil es viel Gerangel um die wenigen Posten gibt. Dem Vernehmen nach soll Carina Hermann neue Parlamentarische Geschäftsführerin werden. Diese Personalie ist durchaus umstritten, weil Hermann zwar als talentiert gilt, aber als Parlamentsneuling möglicherweise zu wenig Erfahrung für den wichtigen Posten hat. Kommissarisch bleibt deshalb Jens Nacke im Amt.

## Parteivorsitz noch ungeklärt

Wie es an der Parteispitze nach dem angekündigten Rückzug von Parteichef Bernd Althusmann weitergeht, soll bei einem Gespräch der CDU-Kreisvorsitzenden an diesem Freitag entschieden werden. Dann könnte unter anderem darüber befunden werden, ob der neue Landeschef auf einem Parteitag oder durch Mitgliederbefragung gewählt wird. Wie es aus der CDU hieß, hat der neue Fraktionschef Lechner bereits seinen Hut in den Ring geworfen.

Er hat aber Konkurrenten. So kursierte am Dienstag auch der Name des Hannoveraner Bezirkschefs Hendrik Hoppenstedt im Landtag. Außerhalb von Hannover würden einige Christdemokraten gerne andere Gesichter an der Spitze sehen, genannt werden unter anderem die Bundestagsabgeordneten Silvia Breher und Gitta Connemann. sen



Ambitioniert: Sebastian Lechner ist neuer CDU-Fraktionschef.

FOTO: MORITZ FRANKENBERG/DPA

## Marzischewski neuer AfD-Fraktionschef

Spitzenkandidat gewählt / Debatte um Alterspräsident wegen Teilnahme an Corona-Demo / CDU und Grüne gegen Vizepräsidenten aus der Rechtspartei

Von Karl Doebele und Elisabeth Woldt

**Hannover.** AfD-Spitzenkandidat Stefan Marzischewski ist neuer Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag. Der Arzt aus Gifhorn wurde mit 18 von 18 Stimmen gewählt. Zum stellvertretenden Fraktionschef wählten die Abgeordneten den stellvertretenden Landesvorsitzenden Ansgar Schledde aus Schüttorf (Grafschaft Bentheim). Zum Parlamentarischen Geschäftsführer der Rechtspartei wurde Klaus Wichmann bestimmt.

Marzischewski sagte, die AfD-Fraktion werde die Oppositionsarbeit „konstruktiv und mit viel

Freude“ angehen. Zur Ankündigung der CDU, sie werde mit der AfD nicht zusammenarbeiten, sagte Marzischewski, er habe nichts anderes erwartet. Der Arzt riet „jedem konservativen CDU-Abgeordneten, der wirklich noch konservativ ist und für das Grundgesetz und die Freiheit steht und für Wirtschaftlichkeit ist, aus der CDU-Fraktion auszutreten und sich uns anzuschließen“.

## AFD nicht im Präsidium?

Die CDU weigert sich auch, ein AfD-Mitglied ins Landtagspräsidium zu wählen. „Wir halten es nicht für richtig, dass eine rechtsextremistische Partei einen der Landtagsvize-

präsidenten stellt“, erklärte ein Fraktionssprecher. Marzischewski sagte dazu: „Wir sollen in unseren parlamentarischen Rechten beschnitten werden.“ Ein Sprecher der Grünen sagte: „Es gibt für die AfD weder ein exklusives Vorschlagsrecht noch einen Anspruch auf einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Landtag.“



Neuer AfD-Fraktionschef: Stefan Marzischewski.

FOTO: MORITZ FRANKENBERG/DPA

Eine besondere Ehre wird der AfD gleichwohl zu Beginn der neuen Legislatur zuteil: Der 1956 geborene Jozef Rakicky ist der älteste Abgeordnete im neuen Landtag – ihm fällt daher die Rolle zu, die konstituierende Sitzung am 8. November als Alterspräsident zu eröffnen und zu leiten, bis ein Präsidium gewählt ist.

Rakicky ist Neurologe am Helios-Klinikum in Helmstedt und hat zu Jahresbeginn für Aufregung gesorgt. Der Arzt soll sich auf einer Demonstration in Sachsen-Anhalt gegen Freiheitseinschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ausgesprochen und Impfungen gegen Covid-19 als wirkungslos und gefährlich bezeichnet haben.

## Video mittlerweile gelöscht

Ein Video der Rede bei Facebook ist mittlerweile gelöscht. Das Helios-Klinikum distanzierte sich „klar“ von den Äußerungen Rakickys: „Er vertritt als Privatperson ausdrücklich nicht die Meinung von Helios.“

Der Klinikkonzern stehe „klar hinter dem Impfen gegen Covid-19“.

## Fragen zur Geschäftsordnung

Jens Nacke, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU bedauerte, dass die Geschäftsordnung Rakicky als Alterspräsident vorsieht. „Wir erwarten, dass dieser die Würde und die Achtung des Parlaments respektiert.“

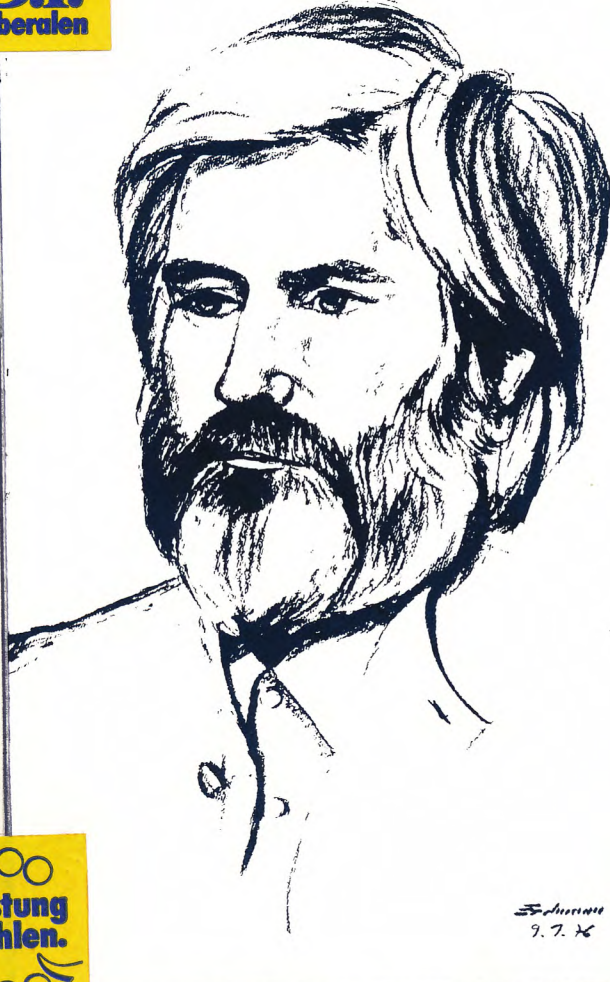
Die Grünen kündigten an, „Fragen zur Geschäftsordnung in den kommenden Wochen mit allen demokratischen Fraktionen zu besprechen“. Für eine Änderung müsste der alte Landtag noch einmal zusammenkommen. Das dürfte eher unwahrscheinlich sein.

STADTRATS- und ORTSRATS-WAHL Versprechen können Parteien und Kandidaten vor der Wahl vieles. Halten können sie ihre Versprechungen selten. Das liegt nicht am schlechten Charakter der Volksvertreter, sondern an den sogenannten Sachzwängen, z.B. Finanznot und Kompetenzbegrenzung. Die neue Stadt Neustadt soll trotz der Sogwirkung der Großstadt Hannover und trotz des Landkreischarakters ein Siedlungsgebilde werden, in dem man sich wohlfühlen kann. Dafür müssen die früher selbständigen Orte einerseits ihren Eigencharakter bewahren können, aber andererseits besser in die Kernstadt integriert werden (z.B. Verkehrs- und Telefon-Netz). Die Planungsunterlagen sollten den Bürgern leichter zugänglich gemacht werden, die Sitzungen der Ortsräte besser und früher angekündigt werden. Wenn die Ortsräte auch nicht viel Mitwirkungsmöglichkeit erhalten haben, so sollten sie sich doch als Anwälte ihres Ortes verstehen. Für alles das werde ich mich mit der FDP einsetzen.

Solange er jedoch besteht, ist es notwendig, daß die Liberalen auch dort ihre Korrekturfunktion ausüben. Dafür werde ich mich mit der FDP einsetzen.



WAHL von KREISTAG und VERBANDSVERSAMMLUNG Die Gebietsreform hat uns ein



9.7. x



Verehrte Mardorfer, Schneerener und Eilveser! Am 3. Oktober haben wir die Mitglieder von fünf Parlamenten zu wählen. Fünf Stimmzettel sind für den Wähler schon fast eine Zumutung, aber auch eine Chance, die Parteien und deren Kandidaten differenziert zu bewerten. Wichtig ist dabei: Nur auf dem weißen Stimmzettel für die Bundestagswahl können Sie zwei Kreuze machen! (Erst- und Zweitstimme). --- Auf allen anderen Stimmzetteln können Sie nur ein Kreuz machen, und zwar entweder für eine Partei oder für einen bestimmten Kandidaten einer Partei. Ihr Kreuz auf der FDP-Liste ist für meine Partei und mich eine Verpflichtung!

BUNDESTAGSWAHL + Trost und Zuspruch für die Unentschlossenen und Unzufriedenen+ Der Wahlkampf 1976 läuft. Der Wähler fragt sich: "Wen soll ich wählen?" "Welche Partei wird gewinnen?" "Uns" und "Wir" werden Sie von jeder Partei zu hören bekommen. Nehmen Sie es von der sportlichen Seite! Spätestens nach der Auszählung der Stimmen werden Sie wissen, wer im Bundestag mitreden und wer mitregieren darf. Es gibt viele Gründe, die bisherigen Bundestagsparteien nicht mehr zu wählen. Es gibt aber noch mehr Gründe, die FDP-Fraktion zu stärken. Es gilt nicht nur, die Alleinheerrschaft einer Partei zu verhindern, sondern auch die FDP als Sprachrohr für Bürgerinitiativen und Minderheiten zu erhalten. Gerade die FDP muß nämlich, wenn sie ihre eigene Existenz nicht gefährden soll, viel schneller auf Kritik aus der Bürgerschaft reagieren als die CDU und die SPD. Das ist Ihre Chance, und zwar erst recht, wenn Sie Ihren Willen durch die Mitgliedschaft in der FDP noch stärker zum Ausdruck bringen.

Ihr Kandidat für den Stadt- und Ortsrat  
Tristan Abromeit (grad. Volkswirt)

Fortsetzung :

Da wenige Prozente der Wählerstimmen über den Verbleib oder Wechsel der Regierung entscheiden, wird von allen Parteien versucht, die Wählerreserven zu mobilisieren. Lassen Sie sich aber nicht von dem Schlagwort "Wahlpflicht" breitschlagen! Auch die Nicht-Wahl, bzw. Stimmenthaltung ist Ihr Recht, für das ich mich mit meinen Parteifreunden einsetze.

"Freiheit oder Sozialismus", das ist der Schlachtruf der CDU/CSU in diesem Wahlkampf. Die CDU hat ihre Zeit in der Opposition nicht genutzt, um darüber nachzudenken, was denn eigentlich mit "Sozialismus" gemeint ist und wie wohl mehr an Freiheit zu verwirklichen ist. Haben Sie etwa von einem Mitglied der CDU/CSU jemals eine einleuchtende Erklärung dafür gehört, warum so viele engagierte und geistig wache Mitbürger sich für den Sozialismus begeistern? Der Grund dafür kann doch nicht nur Blindheit oder Dummheit der Mitbürger sein oder gar Böswilligkeit.

Es ist doch eine staatsbürgerliche Pflicht und ein Akt der Selbsterhaltung, auf Ungerechtigkeiten und Mängel in der Gesellschaftsordnung hinzuweisen. Und wenn gerade Lehrer auf eine Änderung der Zustände hinwirken, so können wir darüber froh sein; denn nichts verdirbt junge Menschen so sehr wie geistige Lauheit der Erzieher.

Betrübt können wir darüber sein, daß den reformwilligen und einsatzbereiten Mitbürgern kein freiheitliches Gegenmodell zum Marxismus aufgezeigt wird. Hier liegen die Versäumnisse der CDU (auch der FDP und SPD).

Fragen Sie doch Vertreter der CDU, wie sie u.a. Folgendes erreichen wollen:

- Vollbeschäftigung ohne fortwährende Eingriffe des Staates
- Stabile Währung ohne Gängelung der Bürger und ohne massenweise Konkurse von Unternehmen
- Landwirtschaft ohne Almosenempfänger
- Gründung freier Existenzen für durchschnittlich begabte und betuchte Handwerker, Kaufleute und Künstler
- Stop der Machtzusammenballung in der Wirtschaft
- Begründung eines freiheitlichen und selbstverantworteten Netzes der Sozialvorsorge
- Schaffung eines Schulwesens, das nicht fortwährend die Eltern, Kinder und Lehrer gängelt und für das Leben untüchtig macht.

Ich habe "die Väter" der Sozialen Marktwirtschaft, die CDU-Politiker und Professoren Ludwig Erhard und Müller-Armack in der Ev. Akademie Loëcum danach befragt. Eine Antwort darauf habe ich von ihnen und auch von anderen CDU-Politikern nicht bekommen.

Die CDU hat ihre Zeit in der Opposition mit Nörgeleien vertan, statt darüber nachzusinnen, was sie in den fünfziger und sechziger Jahren versäumt hatte. Sie gehört daher für eine weitere Legislaturperiode auf die Oppositionsbank. Die CDU muß ihre Lektion nachholen.

Die Mitglieder der SPD in ihrer Gesamtheit sind genauso gute und genauso schlechte Marktwirtschaftler wie die der CDU (und auch der FDP).

Sicher ist es so, daß in der SPD ein größerer Teil der Mitglieder sich enttäuscht von dem abgewandt hat, was als "Soziale Marktwirtschaft" praktiziert wurde und wird. Diese Abwendung von dem, was ist, kann den Jungsozialisten nicht übelgenommen werden. Bedenklich ist aber: Bisher wurde nicht erkannt, daß die marktwirtschaftliche Ordnung eine Bedingung für die Freiheit des Einzelnen und der Gruppen ist.

Statt nach den Störungsursachen des jetzigen Systems zu suchen, wollen die marxistischen Sozialisten in der SPD das eine Übel eintauschen gegen das größere Übel der Zentralverwaltungswirtschaft.

Die Marktwirtschaft als Mittel zur Befreiung der Arbeitnehmer und der Unternehmer (nicht der Kapitalisten) bleibt ungenutzt. Die marktwirtschaftlich orientierte Mehrheit in der SPD wird wohl noch eine Weile benötigen, bis sie begreift, daß gesellschaftliche Probleme nur dann durch Staatseingriffe behoben werden können, wenn die Maßnahmen an den Wurzeln angesetzt werden und strikt auf die Grundlagenregelung begrenzt werden.

Die Freiheit geht nicht unter, wenn die CDU/CSU in Bonn in der Opposition bleibt.

Das Paradies werden wir auch noch nicht erleben, wenn die SPD/FDP-Koalition in Bonn weiterregieren kann.

Sollten Sie zu jenen Wählern gehören, die vom Zweifel über die richtige Stimmabgabe geplagt werden, dann wählen Sie die Partei, die ihren Mitgliedern keinen Maulkorb umhängt!

Wählen Sie die F.D.P. als die Partei, die den Weg zur Freiheit am weitesten ausgekundschaftet hat!

Geben Sie der F.D.P. eine weitere Chance, mit einer starken Fraktion im Bundestag für Freiheit und Soziale Gerechtigkeit zu kämpfen!

